

Sektion Policy Analyse und Verwaltungswissenschaft

Sektionstagung 6. und 7. Mai 2021

Georg-August-Universität Göttingen

Call for Papers: Politik und Verwaltung in der Krise

Als eine Ursache für die gestiegene Krisenanfälligkeit moderner Gesellschaften wird die zunehmende Interdependenz ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Funktionssysteme gesehen. Intersektorale, nationale, supranationale und globale Vernetzung hat zur Folge, dass sich Probleme kaum mehr räumlich oder auf ein Funktionssystem begrenzen lassen. Zwar ist mitunter viel politische Rhetorik im Spiel, wenn immer neue „Krisen“ in allen gesellschaftlichen und politischen Subsystemen diagnostiziert werden. Gleichwohl können Entwicklungen, deren Ursachen komplex sind, und bei denen auch kaum klar ist, welche Policies diesen Krisen wirksam begegnen, Politik und Verwaltung plötzlich vor große Herausforderungen stellen. Beispiel aus der jüngeren Zeit sind die Ankunft zahlreicher Flüchtlinge, globale Pandemien oder Finanzmarktkrisen.

Andere Krisen dagegen bringen Politik und Verwaltung weniger durch ihre zeitliche Dynamik unter Stress, sondern durch ihre langfristige und kleinschrittige Logik, mit der sie sich aufbauen. So sind Krisen wie der Klimawandel oder die schleichende Entfremdung der BürgerInnen von der Demokratie durch ihren inkrementellen Aufbau weniger gut zeitlich eingrenzbar. Sie entfalten ihre Wucht durch sich kleinschrittig akkumulierende Effekte, die eine Bearbeitung der Krise immer schwieriger, und ab einem gewissen „tipping point“ möglicherweise unmöglich machen.

Gleichzeitig werden hohe Erwartungen an eine wirksame und schnelle Problemlösungskompetenz der Exekutive gestellt. Allerdings sind möglicherweise wichtige Problemlösungsressourcen wie Informationen oder fachliches Wissen gar nicht mehr in der Hand des Staates. Überdies werfen Policies, die wirksame Krisenreaktionen versprechen, Probleme der Rechtsstaatlichkeit und der Input-Legitimität auf (man denke an Datenschutz vs. Pandemieeindämmung, oder an die große Geschwindigkeit, mit der Gesetze zur Eindämmung der Finanzkrise erlassen wurden).

Auf der Sektionstagung sollen Arbeiten zur Diskussion gestellt werden, die sich mit Krisen in Politik und Verwaltung in verschiedenen Policybereichen beschäftigen. Dabei kann es sowohl um die Rolle von Politik und Verwaltung bei der Bewältigung konkreter Krisen gehen als auch um Strukturen der Krisenprävention. Weitere Fragen beziehen sich auf die Folgen von Krisen für Politik und Verwaltung sowie darauf, wie der ständige „Schatten“ vergangener oder künftiger Krisen politisches Handeln und Verwaltungshandeln auch außerhalb aktueller Krisen beeinflusst. Die Arbeiten können einen theoretisch-konzeptionellen, empirischen oder

methodischen Fokus haben. Beiträge können beispielsweise zu den folgenden Themenkomplexen eingereicht werden:

- Die Rolle der Verwaltung bei der Bewältigung aktueller Krisensituationen
- Institutionen und Akteure der präventiven Bearbeitung von Krisen
- Krisendiagnostik als rhetorische Ressource zur Begründung von Reformen
- Genese und Dynamiken verschiedener Krisenphänomene
- Kurz-, mittel- und langfristige Reaktionen von Politik und Verwaltung auf Krisen
- Krisen als Innovationstreiber
- Organisationale Lernprozesse zum Umgang mit Krisen
- Krisen und die Rolle von Verwaltungen im Policy-Prozess
- Krisen und Macht

Die Abstracts (maximal 300 Worte) sind bis zum **22.11.2020** an den local organizer Prof. Dr. Simon Fink (simon.fink@sowi.uni-goettingen.de) sowie an die Sprecher*innen der Sektion zu richten (policyundverwaltung@dvpw.de).

Die Auswahl der Beiträge für die Sektionsstagung wird bis zum **18.12.2020** abgeschlossen sein.

Full Papers (im Umfang von ca. 7.000 bis max. 10.000 Wörtern) werden dem Discussant sowie allen Tagungsteilnehmer*innen bis spätestens **30.4.2021** zur Verfügung gestellt. Beiträge können auf Deutsch oder Englisch gehalten werden (bitte im Abstract angeben).

Wir planen die Sektionskonferenz aktuell als eine Präsenzveranstaltung an der Universität Göttingen. Im Falle zu hoher behördlicher Auflagen, auf Grund weiter steigender COVID-Fälle und bis zum Mai nicht verbesserter Lage, erwägen wir eine Umwandlung in eine virtuelle Konferenz. Wir hoffen aber das Beste.